



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Eurozone	1
1.2	Kindergeldindexierung (VVV)	1
1.3	Alleinerzieherfamilien	2
2	Zukunft Europas.....	2
2.1	Neue Kommission	2
2.2	Reform des Rates und der EU-Gipfel	2
2.3	Großbritannien	3
3	Arbeit - Vertragsverletzungsverfahren.....	3
3.1	Arbeitszeitrichtlinie	3
3.2	Befristete Arbeitsverträge	3
3.3	Jahresurlaub.....	4
4	Gesundheit.....	4
4.1	Vergabe medizinische Hilfsmittel (VVV)	4
4.2	Hepatitis	4
4.3	Ebola	5
4.4	Embryonenforschung (EuGH)	5
4.5	Europäische Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit.....	6
4.5	Gesundheitsberater des britischen Premier.....	6
5	Links	6

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Eurozone

Der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments hat Ende Juli 2019 seinen ersten Initiativberichtsentswurf dieser Legislatur zum Thema Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Eurozone veröffentlicht. In ihm wird die Lage, insbesondere die geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälle, beleuchtet und Politikschwerpunkte wie bessere Vereinbarkeit, Kampf gegen Ageismus, Armutsbekämpfung, bessere Zugänglichkeit sowie Qualität und Adaption der beruflichen Bildung u.a. angeregt.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/EMPL-PR-639822_EN.pdf

1.2 Kindergeldindexierung (VVV)

Die Europäische Kommission hat am 25. Juli 2019 beschlossen, aufgrund der Unvereinbarkeit des österreichischen Gesetzes über die Indexierung von Familienbeihilfen und einschlägigen Steuerermäßigungen mit den EU-Vorschriften, den zweiten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten, da Österreich mit seiner Antwort und Argumentation auf das im ersten Schritt versandte Aufforderungsschreiben nicht die Bedenken der Kommission ausräumen konnte. (vgl. Letter 1904Kw)

Seit dem 1. Januar 2019 macht Österreich die Familienbeihilfen und einschlägige Steuerermäßigungen, die für Kinder mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat ausbezahlt werden, von den Lebenshaltungskosten des betreffenden Mitgliedstaats abhängig.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190725-indexierung-familienleistungen_de



1.3 Alleinerzieherfamilien

Die Europäische Kommission hat am 31. Juli 2019 ein 8-seitiges Memo in englischer Sprache zu Trends und Risiken für Alleinerziehende in der EU und bestehende Unterstützungsmechanismen veröffentlicht. Die Kommission hat die Lage der Alleinerziehenden untersucht, da diese Familien zu den finanziell am stärksten gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft gehört. 2017 verzeichneten sie das höchste Risiko für Armut oder soziale Ausgrenzung unter allen Haushaltstypen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=8234&type=2&furtherPubs=no>

2 Zukunft Europas

2.1 Neue Kommission

Bis die gesamte zukünftige Europäische Kommission steht, die am 1. November ihre Arbeit aufnehmen soll, müssen noch ein paar Hürden genommen werden. Das knappe positive Votum des Europäischen Parlaments am 16. Juli 2019 für den - nach kontroversen Diskussion geeinten - Vorschlag des Europäischen Rates für das Amt der Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, war zwar die größte Hürde, aber nur der erste Schritt.

In den nächsten Wochen müssen die 26 anderen EU-Staaten ihre Nominierungen für die Kommissarposten mitteilen. Von der Leyen könnte hinter den Kulissen diskret versuchen Einfluss zu nehmen, nicht zuletzt um wie versprochen durchzusetzen, dass die Hälfte des Kollegiums aus Frauen besteht. Eine eigentlich vor Jahren beschlossene Reduzierung der Gesamtzahl der Kommissare um ein Drittel war und ist nicht durchsetzbar.

Von der Leyen muss dann den Nominierten ihre Fachbereiche zuweisen, hat aber gewaltige Rücksicht auf die Mitgliedstaaten zu nehmen. Anfang Oktober müssen sich alle Kandidatinnen und Kandidaten in den EP-Fachausschüssen in mehrstündigen Anhörungen grillen lassen. Das EP hat in den letzten Legislaturen bereits Kandidaten abgelehnt. Und um die Wahl des Gesamtgremiums nicht zu gefährden, hatten damals die Mitgliedstaaten andere Kandidaten nachnominiert.

Das Schlussvotum des EP ist für die Sitzungswoche vom 21. bis 24. Oktober geplant. Die Kommission muss mit einer Mehrheit der Stimmen gewählt werden.

2.2 Reform des Rates und der EU-Gipfel

Der designierte Ratspräsident Charles Michel und die finnische Ratspräsidentschaft werden sich zur Aufgabe machen (müssen), die Sitzungen des Rates sowie der Staats- und Regierungschefs zu reformieren, um besser auf die sich dynamische Weltlage reagieren zu können. Viele Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, pochen darauf.

<https://www.euractiv.com/section/future-eu/news/leak-capitals-see-to-reform-eu-summits-to-cope-with-trump-era/>



2.3 Großbritannien

Der neue Vorsitzende der Tories und Premierminister Boris Johnson und seine neue Brexiteer-Regierung müssen nach wenigen Amtstagen die erste Niederlage einstecken. Bei einer Nachwahl zum Unterhaus in Wales gewann die Kandidatin der europafreundlichen Liberaldemokraten, Jane Dodds, mit 1425 Stimmen, nachdem bei der letzten Wahl in dem Wahlkreis der Tory-Kandidat mit großem Abstand gewonnen hatte. Damit reduziert sich die Regierungsmehrheit der Tories auf einen Sitz. Somit dürfte es Johnson noch schwerer fallen, sein Versprechen, den Brexit bis zum 31. Oktober mit oder ohne Abkommen durchzuziehen, umzusetzen. Auch ein mögliches Misstrauensvotum wäre für ihn noch riskanter.

3 Arbeit - Vertragsverletzungsverfahren

3.1 Arbeitszeitrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 25. Juli 2019 beschlossen, die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn einzuleiten, da es versäumt hat, gemäß der Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) Arbeitnehmer im Bereitschaftsdienst zu schützen. Die Mitgliedstaaten müssen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, die 48 Stunden einschließlich Überstunden nicht überschreiten darf, festlegen. Es gibt jedoch unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer Ausnahme von dieser wöchentlichen Höchstarbeitszeit. In Ungarn können Arbeitnehmer im Bereitschaftsdienst aufgefordert werden, während eines Bezugszeitraums von 6 Monaten bis zu 72 Stunden pro Woche zu arbeiten.

Arbeitnehmer, die sich dazu bereit erklärt haben mehr Stunden zu arbeiten, aber ihre Entscheidung später widerrufen, müssen gemäß der RL geschützt werden. In Ungarn umfasst dieser Schutz jedoch nur die Kündigung. Die Kommission fordert die ungarischen Behörden auf, die Einhaltung der gesamten einschlägigen EU-Vorschriften innerhalb von zwei Monaten herbeizuführen. Andernfalls kann sie beim EuGH Klage einreichen.

https://europa.eu/rapid/press-release_INF-19-4251_de.htm

3.2 Befristete Arbeitsverträge

Die Kommission hat am 25. Juli 2019 weiterhin beschlossen, gegen Italien die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten, da Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst dort nicht ausreichend vor missbräuchlichen, aufeinanderfolgenden befristeten Arbeitsverträgen und Diskriminierung geschützt sind, wie es das EU-Recht verlangt (RL 1999/70/EG des Rates). Gemäß den EU-Vorschriften dürfen befristet beschäftigte Arbeitnehmer in ihren Beschäftigungsbedingungen gegenüber vergleichbaren Dauerbeschäftigten nicht schlechter behandelt werden, es sei denn, es ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt.

Zurzeit werden nach italienischem Recht mehrere Kategorien von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes von diesem Schutz ausgeschlossen (z. B. Lehrkräfte, medizinisches Personal, akademisches Personal, Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und



ehrenamtliche Mitarbeiter der nationalen Feuerwehr). Zudem hat Italien nicht ausreichend Vorkehrungen gegen Diskriminierung aufgrund des Alters getroffen. Die Kommission fordert die italienischen Behörden auf, die einschlägigen EU-Vorschriften vollständig einzuhalten. Italien hat nun zwei Monate Zeit, um auf die Argumente der Kommission zu antworten. Andernfalls kann die Kommission die zweite Stufe des VVV beschließen einzuleiten.

https://europa.eu/rapid/press-release_INF-19-4251_de.htm

3.3 Jahresurlaub

Die Europäische Kommission hat am 25. Juli 2019 beschlossen, auch gegen Spanien die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten, da seine nationalen Vorschriften zum bezahlten Jahresurlaub nicht im Einklang mit der Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) stehen. In Spanien unterliegen Beschäftigte der Nationalpolizei bestimmten Vorschriften, unter denen sie keinen Anspruch auf eine Ausgleichsvergütung für nicht in Anspruch genommenen Jahresurlaub bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses haben, obwohl die EU-Arbeitszeitrichtlinie dies vorsieht. Spanien hat nun zwei Monate Zeit, um die Bedenken der Kommission auszuräumen. Andernfalls kann die Kommission die zweite Stufe des VVV beschließen einzuleiten und eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

https://europa.eu/rapid/press-release_INF-19-4251_de.htm

4 Gesundheit

4.1 Vergabe medizinische Hilfsmittel (VVV)

Die Europäische Kommission hat am 25. Juli 2019 beschlossen, i.R. der ersten Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens ein zusätzliches Aufforderungsschreiben bezüglich der Umsetzung der EU-Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen an Deutschland zu richten. Sie ist der Auffassung, dass die neue Bestimmung, die den gesetzlichen Krankenkassen verbietet, spezielle und flexible Verfahren bei den Verhandlungen über Verträge über medizinische Hilfsmittel mit interessierten Anbietern anzuwenden, der EU-Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge (2014/24/EU) zuwiderläuft. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf die Beanstandungen zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_19_4251

4.2 Hepatitis

EU-Gesundheitskommissar Andriukaitis hat am 28. Juli 2019 in einer Erklärung anlässlich des Welt-Hepatitis-Tags an die besorgniserregenden Zahlen erinnert. In der EU (+Island, Liechtenstein und Norwegen) seien 4.7 Mio. Menschen mit Hepatitis B und 3.9 Mio. mit Hepatitis C chronisch infiziert. Dies führe zu mehr Todesfällen als HIV/AIDS und Tuberkulose zusammen. Er pochte darauf die Vorsorge, vor allem



durch Impfungen gegen Hepatitis A und B, zu stärken. Die Kommission stellt i.R. des Gesundheitsprogramms über 8 Mio. € für Maßnahmen sowie 50 Mio. € für Forschung bereit. In der EU-Drogenstrategie 2013-20 wird Hepatitis-C problematisiert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_19_4771
<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/EDN-20190726-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fnews%2Fwhats-new>
https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/communicable_diseases/docs/swd_2018_387_en.pdf

4.3 Ebola

Die EU hat Ende Juli 2019 ihre humanitäre Hilfe zur Bekämpfung des 2018er Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo um weitere 30 Mio. € aufgestockt. Der bislang zweitödlichste Ebola-Ausbruch forderte bereits mehr als 1.700 Menschenleben. Die neuen EU-Mittel sollen für Infektionsprävention und Kontrollmaßnahmen, die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden zur Förderung der Akzeptanz der Hilfeleistungen, bei Maßnahmen zur Verhütung von Ansteckungen, dem Zugang zur Gesundheitsversorgung und für sichere würdige Gräber sowie zur Unterstützung von Überlebenden und deren Familien eingesetzt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190726-ebola_de

4.4 Embryonenforschung (EuGH)

Der Generalanwalt des Gerichtshofs der EU hat am 29. Juli 2019 seine Schlussanträge im Streit um eine Kommissionsentscheidung vorgelegt, keinen Gesetzgebungsvorschlag für ein Finanzierungsverbot von Tätigkeiten vorzulegen, die mit der Zerstörung menschlicher Embryonen, einschließlich Schwangerschaftsabbrüchen, verbunden sind, wie es die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Einer von uns“ gefordert hatte. Die Organisatoren der Initiative hatten bereits ohne Erfolg beim Gericht der EU Klage auf Nichtigerklärung der entsprechenden Mitteilung der Kommission erhoben, woraufhin sie wiederum Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts vor dem Gerichtshof einlegten. Der Generalanwalt führte u.a. aus, dass dies der erste Fall vor dem Gerichtshof über die Weiterbehandlung einer „erfolgreichen EBI“ durch die Kommission sei und „Einer von uns“ eine von bisher erst vier EBI sei, die die erforderliche Zahl von 1 Mio. Unterschriften erreicht hätten. Deshalb stellte und diskutierte er in seinen Schlussanträgen die Grundsatzfragen, ob die Kommission nach einer erfolgreichen EBI verpflichtet sei, einen konkreten Gesetzesvorschlag vorzulegen und welcher Maßstab der gerichtlichen Überprüfung für die Überprüfung des Standpunkts der Kommission zu einer erfolgreichen EBI gelte.

Letztlich vertrat er klar die Ansicht, dass das Gericht die Entscheidung der Kommission, im Zusammenhang mit der Europäischen Bürgerinitiative „Einer von uns“ keinen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, zu Recht bestätigt hat.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-418/18>
<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-07/cp190102de.pdf>



4.5 Europäische Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit

Sieben Organisationen haben Anfang Juli 2019 aus Protest ihre Mitarbeit in der Europäischen Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit beendet, weil die Plattform sich jahrelang außerstande gezeigt hat, Probleme – insbesondere im Zusammenhang mit Übergewicht bei Kindern - zu lösen.

<http://www.coface-eu.org/consumers/civil-society-organisations-leave-the-eu-platform-for-diet-physical-activity-and-health-2/>
<https://www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/bad-eating-generates-huge-costs-to-society-experts-warn/>

4.5 Gesundheitsberater des britischen Premier

Der neue Ministerpräsident Boris Johnson hat den 27jährigen Doktoranden und ehemaligen Leistungssportler William Warrs zu seinem Hauptberater für Gesundheitspolitik gemacht. Warrs wird nicht zuletzt Maßnahmen für den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) vorzuschlagen haben. Es wird angenommen, dass er größtes Augenmerk auf Prävention legen wird.

<https://www.politico.eu/article/boris-johnson-william-warr-health-adviser/>

5 Links

Parlamentarische Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission zur Beschäftigtenzahl in der Kohleindustrie in der EU (en)

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-001862_EN.html

FES: Europas Kohäsion - Fortschritt im Schneckentempo

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/15417.pdf>

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung: Kompetenzen von Geflüchteten und Arbeitsmarktanforderungen (en)

<https://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/8132?NL=92>

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung: Nationale und regionale Qualifikationsrahmen in Europa 2019 (en)

<https://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/8609?NL=92> (Entwicklungsüberblick)

<https://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/2224-0?NL=92> (Globale Bestandsaufnahme)

Kleine Anfrage der AfD zur EU-Beschäftigungsinitiative für junge Menschen – Effizienz der eingesetzten EU-Fördermittel

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/115/1911552.pdf>



Nachrichten aus Europa

22. Juli bis 2. August 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

IAB: Geschlechtsspezifische Lohngefälle in Europa - Was können wir aus Linked-Employer-Employee-Daten lernen?

<https://www.iab-forum.de/geschlechtsspezifische-lohngefalle-in-europa-was-koennen-wir-aus-linked-employer-employee-daten-lernen-ein-workshopbericht/>

Der neue spanische Mindestlohn In: Social Europe Blog vom 16. Juli 2019

<https://www.socialeurope.eu/the-new-spanish-minimum-wage>

Hans Böckler Stiftung: Digitale Soziale Sicherung – Entwurf eines Konzepts für das 21. Jahrhundert

https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_137_2019.pdf

https://dsv-europa.de/de/news/2019/07/aktuelle-vorschlaege-zur-sozialversicherung-von-plattformarbeitern.html?utm_campaign=Newsletter_630f8202f2d6aa595c80b27f01a259d8e975087f

Parlamentarische Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an den Rat zum Zugang und zur Qualität von Darmkrebs-Vorsorgeprogrammen (en)

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-002127_EN.html

Statistisches Amt der EU: Alter von Müttern in der EU (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190801-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Statistisches Amt der EU: Lebenserwartung von Frauen und Männern (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190725-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fnews%2Fwhats-new>

Europäisches Parlament: Das geschlechtsspezifische Gefälle bei den Renten in der EU (en)

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/631033/IPOL_BRI\(2019\)631033_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/631033/IPOL_BRI(2019)631033_EN.pdf)

Statistisches Amt der EU: 28% der Europäer können sich keinen einwöchigen Jahresurlaub leisten (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/EDN-20190731-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Armut besser kartographieren (making a better poverty map) in World Bank data blog (en)

https://blogs.worldbank.org/opendata/making-better-poverty-map?cid=ECR_E_NewsletterWeekly_EN_EXT&deliveryName=DM36794

COFACE (Eur. Familiendachorganisation): Gewährleistung eines gerechten Ansatzes bei der energetischen Sanierung von Häusern (en)

<http://www.coface-eu.org/europe/ensuring-a-just-approach-in-the-energy-renovation-of-homes/>